



GUTE RENTE FÜR ALLE IN SICHT?

Wahlaussagen der Parteien zu den rentenpolitischen Forderungen der IG Metall

Trotz der Einführung einer Grundrente, Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, der Haltelinie beim Rentenniveau (bis 2025) und der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren bleiben die Weichen in der Rentenpolitik falsch gestellt. Nach geltendem Recht wird das Rentenniveau nach 2025 wieder sinken und die Regelaltersgrenzen werden weiter steigen. Weder Betriebsrenten noch die privaten Renten werden die Lücken in der gesetzlichen Rentenversicherung schließen können. Zugleich erzeugt der Strukturwandel am Arbeitsmarkt neue Sicherungsrisiken im Alter. Niedrigeinkommen, unstete Erwerbsverläufe und Arbeitslosigkeit lassen Altersarmut zur Bedrohung für immer mehr Menschen werden. Die künftige Bundesregierung ist gefordert, wieder allen eine reale Perspektive auf ein auskömmliches Leben im Alter zu geben.

Rente muss zum Leben reichen

Die politischen Debatten in Deutschland zur Rentenpolitik werden seit Jahren aus der Perspektive der Beitragshöhe geführt: die solidarische Sicherung des Einkommens im Alter und bei Erwerbsminderung darf nicht zu viel kosten. Das ist der falsche Ansatz. Es ist Zeit für einen Kurswechsel in der Alterssicherungspolitik. Nicht möglichst niedrige Beitragssätze für Arbeitgeber bei gleichzeitig hohen Zusatzbelastungen durch Privatvorsorge für die Beschäftigten, sondern auskömmliche Renten sind Sicherungsaufgabe des Sozialstaats.

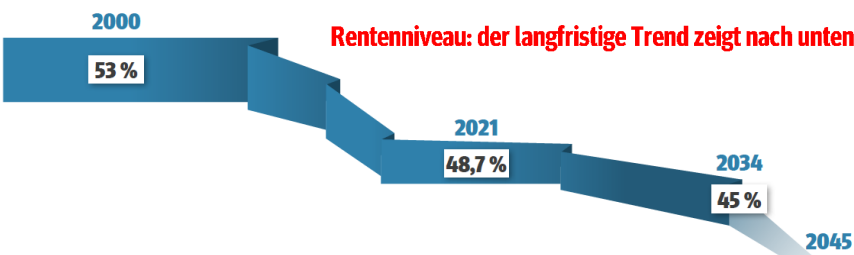
Das Rentenkonzept der IG Metall setzt entsprechend beim Menschen an: ein reiches Land kann und muss sich ein Rentensystem leisten, das den Lebensstandard sichert und sozialen Abstieg ebenso verhindert wie Altersarmut. Das beginnt

bei guten Arbeits- und Entgeltbedingungen, wodurch Erwerbsminderung vorgebeugt und dank höherer Beitragszahlungen ein entsprechend höherer Rentenanspruch erworben wird. Zeiten der Arbeitslosigkeit, der Erziehungs- und Sorgearbeit, Krankheiten und Qualifizierungszeiten müssen im Hinblick auf das Alterseinkommen berücksichtigt werden. Schließlich muss das Rentenniveau wieder auf die Höhe von etwa 53 Prozent angehoben werden. Basis der Finanzierung sind gemeinsame Beiträge von Beschäftigten und Arbeitgebern. Insbesondere die nicht beitragsgedeckten Leistungen müssen von Steuern getragen werden. Jede Verlagerung der Finanzierung allein auf Beschäftigte lehnt die IG Metall strikt ab.

Umlagesystem und Kapitaldeckung

Union, SPD und Grüne wollen die gesetzliche Rente auf derzeitigem Stand erhalten. Während die Union sämtliche Wahlaussagen unter einen Finanzierungsvorbehalt stellt, sprechen sich SPD und Grüne explizit dafür aus, das bestehende Rentenniveau über 2025 hinaus zu stabilisieren. Die Linke spricht sich für eine deutliche Anhebung des Rentenniveaus und gegen einen Ausbau kapitalgedeckter Elemente in der Alterssicherung aus.

Ganz im Gegensatz dazu will die FDP mit ihrer „enkelfitten Aktienrente“ das Umlagesystem einschränken und die Kapitaldeckung ausbauen. Dafür soll ein Teil des Beitrages zur gesetzlichen Rentenversicherung nicht in das Um-



Quelle: eigene Darstellung. Für 2000: Rentenversicherung in Zeitreihen 2020, Oktober 2020; ab 2021: Rentenversicherungsbericht 2020, Dezember 2020.

lagesystem fließen, sondern in einen Fonds. Vorgeschlagen werden zwei Prozent des Bruttoeinkommens. Dieses Geld soll mit der Hoffnung auf hohe Renditen an den Finanzmärkten angelegt werden. Das Konzept ist eine in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellose Wette auf hohe Gewinne am Aktienmarkt. Auch Grüne und Union wollen über unterschiedliche Wege kapitalgedeckte Elemente in der Altersvorsorge ausbauen: So will die Union Kriterien für ein Standardvorsorgeprodukt für die private Vorsorge festlegen, das verpflichtend für alle ist – es sei denn sie widersprechen. Zusätzlich wollen die Unionsparteien die Einführung einer sogenannten „Generationenrente“ prüfen. Dabei würde für jedes neugeborene Kind bis zu seinem 18. Le-

bensjahr monatlich aus Steuermitteln Geld in einen Fonds fließen, der das Geld anlegt. Zur Höhe des Monatsbeitrags und zur Finanzierung sagt das Programm nichts. Die Grünen wollen die Riester-Rente durch einen öffentlich verwalteten Bürgerfonds ersetzen, in den alle einzahlen, wenn sie nicht aktiv widersprechen. Der Bürgerfonds soll auf Garantien verzichten und an den Finanzmärkten investieren. Die SPD setzt auf ein standardisiertes Produkt für die private Vorsorge.

FDP, Union und Grüne folgen in dieser Frage zwar unterschiedlichen Ansätzen, gemeinsam ist ihnen aber das „Ja“ zu mehr Kapitaldeckung und mehr Risiko. Dass die private Vorsorge in Deutschland gescheitert ist, ist offensichtlich.

Die Parteien sollten sich endlich von der Illusion befreien, dass die Kapitaldeckung demografieresistent wäre. Wenn die Lebenserwartung steigt, muss das angesparte Kapital auf mehr Jahre aufgeteilt werden. Die monatlichen Zahlungen schrumpfen. Ganz zu schweigen von der Verteilungswirkung: am Ende tragen die Beschäftigten die Beitragslast in diesen Systemen allein.

Die IG Metall sieht daher nicht im Ausbau der privaten Vorsorge die Perspektive, sondern in einer Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung. Als Ergänzung dazu fordert die IG Metall eine arbeitgeberfinanzierte Betriebsrente für alle. Bekennnisse zur Betriebsrente gibt es bei allen Parteien. Wie die Verbreitung erhöht und die Finanzierung gesichert werden kann, dazu fehlen konkrete Konzepte. Einzelne Forderungen der IG Metall werden allerdings aufgegriffen: So etwa Forderungen zur Verbesserung beim Jobwechsel (Union), Abschaffung der Doppelverbeitragung (SPD) oder die Stärkung der Arbeitgeberfinanzierung (Linke).



Alle rein ins Solidarsystem!

Höhere Beitragseinnahmen und eine gerechtere Finanzierung der Tragelasten wären unter anderem durch die Erweiterung des Versichertenkreises auf Beamte, Freiberufler, Selbstständige und Parlamentarier zu erreichen. Daher fordert die IG Metall die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung. Das unterstützen SPD und Linkspartei. Ähnlich die Grünen, die von einer Bürgerversicherung sprechen, in die sie perspektivisch alle einbeziehen wollen. In einem ersten Schritt sollen unversorgte Selbstständige und Abgeordnete einbezogen werden.

Altersarmut verhindern

Die Absicherung von Geringverdienern, Menschen mit unsteten Erwerbsverläufen und mit Zeiten der Arbeitslosigkeit, ist eine wichtige Aufgabe. Nötig ist etwa die Aufwertung niedriger Einkommen. Die jetzt eingeführte Grundrente wird dem nicht gerecht. Die Union hat mit ihren Forderungen zur Verwässerung beigetragen. Für die neue Legislaturperiode macht die Union nur vage Aussagen, SPD, Grüne und Linke stellen eine Stärkung der Absicherung nach unten in Aussicht und die FDP verfolgt mit ihrer Basisrente einen Ansatz zur Senkung der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung.

Rentenalter und Altersausstieg

Angefeuert von sogenannten „unabhängigen Experten“ ist aktuell eine erneute Debatte um das Rentenalter entbrannt: da die Menschen immer älter würden, müsste auch das Renteneintrittsalter auf zunächst 68 Jahre weiter angehoben werden. Tatsache jedoch ist: viele Beschäftigte erreichen sogar das frühere Rentenalter 65 nicht gesund, geschweige denn 67. Für sie wäre eine weitere Erhöhung des Rentenalters eine zusätzliche Rentenkürzung. Die IG Metall ist vehement gegen eine Erhöhung des Rentenalters. Im Gegenteil: bereits die Erhöhung auf 67 war eine der schwerwiegendsten sozialpolitischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre. Es braucht vielmehr ein realistisch erreichbares Rentenalter sowie passgenau und sozial abgesicherte Übergänge in den Ruhestand. Die Parteien wissen um die starken gesellschaftlichen Widerstände. Keine Partei bekennt sich offen zu einer Erhöhung. Jedoch machen Union und vor allem die FDP deutlich, dass für sie Beitragsstabilität und Kostenbegrenzung Priorität genießen. Die aktuelle schrittweise Erhöhung des Rentenalters wird lediglich von der Linken kritisiert.

Fazit

Anknüpfungspunkte für den Kurswechsel hin zu einer guten Rente für alle und einer solidarischen Finanzierung, finden sich nur in Teilen. SPD, Grüne und Linke gehen Schritte in Richtung einer Erwerbstätigenversicherung. SPD, Grüne und Linke wollen das Rentenniveau stabilisieren und die Linke es perspektivisch anheben. Union, FDP und Grüne setzen verstärkt auf Kapitaldeckung.

www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/bundestagswahl

IMPRESSUM

IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt, vertreten durch den Vorstand, 1. Vorsitzender: Jörg Hofmann, V.i.S.d.P / Verantwortlich nach § 55 Abs. 2 RStV: Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Redaktion FB Sozialpolitik: Christoph Ehlscheid, Katharina Grabietz, Jan-Paul Grüner, Stefanie Janczyk, Sebastian Kramer

Rentenpolitik: Das meinen die Parteien zu wesentlichen Forderungen der IG Metall



IG METALL	UNION	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP
Erwerbstätigenversicherung	Selbstständige ohne Absicherung in gesetzlicher Rentenversicherung 	Alle in die gesetzliche Rentenversicherung, Sondersysteme überwinden 	Gesetzliche Rentenversicherung schrittweise in Bürgerversicherung umwandeln 	Erwerbstätigenversicherung 	Ablehnung
Stärkung der gesetzlichen Rente und Anhebung des Rentenniveaus auf etwa 53%	Keine Stärkung oder Schwächung, aber Kassensturz nach Wahl und vorrangiges Ziel der Beitragssatzstabilität 	Stabilisierung des Rentenniveaus, keine Anhebung 	Stabilisierung des Rentenniveaus, keine Anhebung 	Stärkung der gesetzlichen Rente 	Schwächung der gesetzlichen Rente zugunsten Aktienmarkrente
Private Vorsorge	Vorsorge durch Standardprodukt aus Einkommen der Beschäftigten für alle, mit Widerspruchsmöglichkeit 	Riester entbürokratisieren, freiwilliges Standardprodukt einführen 	Vorsorge im Bürgerfonds aus Einkommen der Beschäftigten für alle, mit Widerspruchsmöglichkeit 	Riester abwickeln, eingesparte Zulagen in gesetzliche Rente, keine Kapitaldeckung 	Schwerpunkt auf Ausbau der privaten Vorsorge
Arbeitgeberfinanzierte Betriebsrente für alle	Einige Verbesserungen 	Einige Verbesserungen 	Betriebe sollen Finanzierungsbeitrag leisten. „Kleine Unternehmen“ sollen nur noch reine Beitragszusage anbieten 	Überwiegend arbeitgeberfinanzierte Betriebsrente durch verbindliche tarifvertragliche Regelungen 	Reine Beitragszusage, Einbezug ganzer Belegschaften in Entgeltumwandlung (Opt-Out für den Einzelnen)
Gesicherte Altersübergänge, ATZ verbessern, Ja zur Rente mit 63 und Nein zu Rente ab 67	Ja zur Rente mit 67 	Ja zur Rente mit 67 	Ja zur Rente mit 67 	Nein zur Rente mit 67 	Flexibilisierung des Rentenalters (führt zu Anhebung bzw. Rentenkürzung)
Armutsvermeidung: niedrige Einkommen aufwerten	Nur vage Aussagen 	Status quo Grundrente 	Garantierente (anderes Konzept) 	Solidarische Mindestrente (etwas anderer Ansatz) 	Reduzierung der Leistungen der gesetzlichen Rente, Basisrente
Verbesserungen für Erwerbsgeminderte: Zugang erleichtern, Zurechnungszeiten rauf, Abschläge weg	Verbesserungen für Bestandsrentner bei Zurechnungszeiten 	Vage Verbesserungen für Erwerbsgeminderte 	Keine Aussage 	Zugang erleichtern, Zurechnungszeiten rauf, Abschläge weg 	Sehr vage Aussage